



IN LEIPZIG
21.–27. SEPTEMBER 2015

kultur
standort
bestimmung

Internationaler Kulturkongress
und Kulturfestival

HANDLUNGS-
EMPFEHLUNGEN

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Der Kongress kultur | standort.bestimmung stellte einen entscheidenden kulturellen Beitrag der Freien Szene Leipzigs zum Stadtjubiläumsjahr 2015 dar. 1 000 Jahre nach ihrer Ersterwähnung sollte gefeiert werden, was die Stadt ausmacht und wofür sie steht. Mit der Unterstützung der Leipziger Stadtverwaltung hat die Initiative Leipzig + Kultur e.V. einen internationalen und spartenübergreifenden Kongress konzipiert, in dem mit über 40 internationalen Expert_innen aus Frankreich, Großbritannien, Polen, Griechenland, Slowakei, Tschechien und Lettland sowie aus ganz Deutschland kulturpolitische Begriffe (neu) definiert, Praxisbeispiele gesammelt und Handlungsempfehlungen erarbeitet wurden.

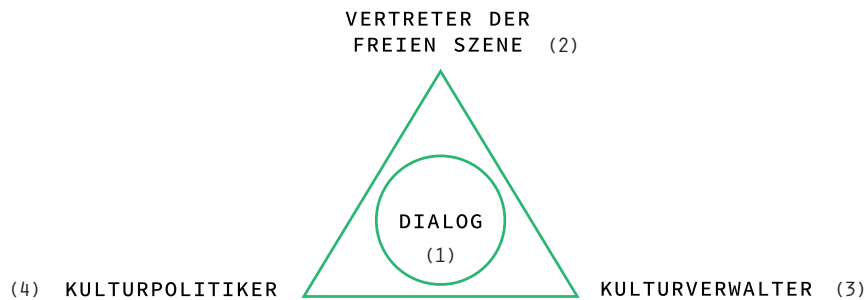
Das Besondere am Kongress waren praxisorientierte Workshops, die aufbauend auf den Foren und auf Podiumsdiskussionen (s. PDF Inhalte) am dritten Tag gezielt Handlungsempfehlungen erarbeitet haben. Gemeinsam mit erfahrenen Moderator_innen wurden die Informationen aus den Foren sowie die Theorien und Beispielprojekte aus den Podien zusammengeführt, miteinander in Beziehung gebracht und für die Zukunft weitergedacht. In den Workshops entstanden Handlungsempfehlungen für Akteur_innen verschiedener Sektoren, es wurden Szenarien für politisches und staatliches Handeln in Bezug auf Kultur entworfen, die für Leipzig ebenso zukunftsweisend sein sollen wie auch für andere Städte.

Das Ziel des Kongresses war es die Gestaltung eines kulturpolitischen Dialogs zwischen der Freien Szene und den kommunalen Entscheidungsträgern. Es ging hier um drei bestimmte Akteur_innen, die gewisse Funktionen verkörpern: Die Vertreter_innen der Freien Szene, die Kulturverwalter_innen und die Kulturpolitiker_innen. Wie können sie zusammen arbeiten? Wie kann ein dauerhafter und nachhaltiger Dialog gestaltet werden? Aus den Debatten bei den Podiumsdiskussionen und aus der Zusammenarbeit in den Workshops ist eine Grundvoraussetzung für diesen Dialog deutlich geworden: Er braucht eine Veränderung der **Haltung** der jeweilig beteiligten Akteur_innen. Er braucht eine Haltung, die von Dialogoffenheit, partizipativen Verfahren und Mitbestimmung geprägt ist. Dies erfordert seitens der Freien Szene mehr Selbstbewusstsein und seitens der kommunalen Entscheidungsträger im Kulturbereich mehr Dialogbereitschaft. Nur über diese Haltung bewegt man sich von einer »Tretze«-Situation weg hin zu einer Arena-Situation, in der die Freie Szene auf Augenhöhe mit den kommunalen Entscheidungsträger_innen im Kulturbereich auftritt.

Darüber hinaus braucht es die Entwicklung von Kompetenzen bei den beteiligten Akteur_innen, damit der angestrebte Dialog konstruktiv gestaltet werden kann. Hierzu gehören seitens der Entscheidungsträger_innen insbesondere detaillierte Kenntnisse zur Arbeitsweise freier Träger der Kulturarbeit und seitens der Kulturmacher_innen Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen, den Arbeitsweisen und Handlungsspielräumen der Entscheidungsträger_innen.

Nicht zuletzt ist es erforderlich den Zielstellungen adäquate Dialogformate und Entscheidungsverfahren zu vermitteln, diese verbindlich und kontinuierlich durchzuführen und deren Ergebnisse zuverlässig in die kommunale Kulturpolitik zu implementieren.

Die herausgearbeiteten Handlungsempfehlungen beziehen sich zuerst auf die Wechselwirkungen zwischen den Akteur_innen (1) und lassen sich dann je nach Adressat an die Freie Szene (2), an die Kulturverwaltung (3) sowie an die Kulturpolitik (4) richten.



1. Instrumente für den Dialog

1.1 Runder Tisch

Zur Einführung der angestrebten Gesprächskultur sollte ein Rahmen für den Austausch geschaffen werden. Es sollten regelmäßige Treffen an einem gemeinsamen Tisch erfolgen. Hier stellen sich wichtige Fragen, die einer Klärung bedürfen:

- **Besetzung:** Vertreter_innen der Freien Szene, Kulturpolitiker_innen und Kulturverwalter_innen sollten alle drei an einem Tisch zusammenkommen. Es geht hier um Transparenz. Das Ziel ist binäre Verhältnisse (Kulturpolitik – Kulturverwaltung; Kulturverwaltung – Freier Szene; Kulturpolitik – Freier Szene) herauszufordern. Hier stellt sich die Frage der Einbindung von weiteren Akteur_innen des Kulturbereichs, wie z. B. Vertreter_innen der staatlichen Kulturinstitutionen.

Je nach Einbindung der jeweiligen Sparten wurden unterschiedliche Modi herausgearbeitet: Sollte der runde Tisch nach Sparten erfolgen? Oder sollten die Akteur_innen aller Sparten mit eingeschlossen werden? Die Frage der Besetzung deckt die Frage der Teilnehmerzahl auf: Wie groß darf der Runde Tisch sein, um eine effektive Arbeit zu ermöglichen?

- **Regelmäßigkeit:** Der Runde Tisch sollte regelmäßig stattfinden, damit ein kontinuierlicher Arbeitsprozess entstehen kann.

- **Ort der Begegnung:** Der Runde Tisch sollte nicht unbedingt immer bei der Kulturverwaltung stattfinden. Er sollte ebenfalls in einer Kulturstätte organisiert werden können, damit die Teilnehmer_innen als gleichberechtigte Partner_innen auftreten können. Ein rotierender Ortswechsel kann in Betracht gezogen werden.

- **Moderation:** Solche Begegnungen brauchen eine externe Moderation, damit sie auf Augenhöhe stattfinden. Die Moderation sollte von einem Schnittstellenexperten oder einer Expertin übernommen werden, wie z. B. einem Kulturmanager/einer Kulturmanagerin, der/die die unterschiedlichen Ansätze nachvollziehen und zwischen den Beteiligten »übersetzen« kann. Die Frage der Finanzierung ist hier maßgeblich: Wer sollte eine/n solche/n Moderator_in finanzieren? Schafft die Finanzierung ein Abhängigkeitsverhältnis?

- **Zuständigkeitsbereich:** Was für eine Funktion sollte der Runde Tisch haben? Beratung oder Beschluss? Sollte der Runde Tisch ebenfalls für die Aufteilung von Fördergeldern eingesetzt werden? Oder geht es vor allem darum, neue kulturpolitische Linien zu entwickeln?

1.2 Kontaktstelle

Es wurde die Idee einer Kontaktstelle laut. Diese Person sollte für eine flüssigere Kommunikation und eine kontinuierliche Informationsvermittlung zwischen den drei Akteur_innen sorgen. Nach dem Beispiel des Referenten/der Referentin für die städtischen Kulturbetriebe sollte ebenfalls eine Kontaktstelle für die Freie Szene im Kulturdezernat geschaffen werden. Die Aufgaben der Kontaktstelle sollte die folgenden Schwerpunkte umfassen: Die Sammlung von Themen und Anliegen der Freien Szene und deren Aufbereitung für die Kulturpolitik und -verwaltung; die Organisation und die Bearbeitung des Runden Tisches; die Vermittlung von Kulturentwicklungs- bzw. Förderstrategien in die Freie Szene hinein, die Recherchearbeit über kulturpolitische Themen im Inland und Ausland und die Koordinierung der wissenschaftlichen Begleitung all dieser Prozesse.

1.3 Informative Internetplattform

Eine informative Internetplattform sollte geschaffen werden, die mehr Transparenz ermöglicht. Hier sollten die öffentlichen Berichte des Runden Tisches, Arbeitsdokumente und potentielle wissenschaftliche Studien veröffentlicht werden. Sie sollte dazu dienen, einen neutralen Überblick über die kulturpolitischen Prozesse zu schaffen.

1.4 Wissenschaftliche Begleitung des partizipativen Prozesses

Die Partizipationsverfahren sollten wissenschaftlich begleitet und regelmäßig evaluiert werden.

2. Handlungsempfehlungen an die Freie Szene

2.1 Innenstrukturierung der Freien Szene

Die Freie Szene sollte sich nach innen strukturieren, um den Austausch von Erfahrungen und Ressourcen untereinander voranzutreiben, eine starke politische Vertretung ihrer Interessen zu verfestigen und die Kompetenzen für ihre kulturpolitische Arbeit zu entwickeln. Diese Innenstrukturierung kann mehrere Richtungen einschlagen:

- **Physischer Ort:** Ein Begegnungspunkt, der spartenübergreifend geöffnet ist, in dem die Akteur_innen der Freien Szene sich regelmäßig und ohne Vorwand treffen können, im Sinne eines Freien Szenezentrums.
- **Koordinationsstelle:** für die Stabilisierung des Bündnisses der Freien Szene sollte eine Koordinationsstelle geschaffen werden. Die Koordinationsstelle sollte nicht die politische Vertretung der Freien Szene ersetzen, die weiterhin eine ehrenamtliche Angelegenheit bleibt. Sie sollte vielmehr als Ansprechpartnerin, Organisatorin und Informationsvermittlerin fungieren. Sie sollte sowohl als Anlaufstelle für Mitglieder der Freien Szene als auch für externe Interessierte als eine Art Interface funktionieren.
- **Vernetzungsplattform:** die Innenstrukturierung der Freien Szene kann nur durch eine dichtere Vernetzung ihrer Mitglieder erfolgen. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl kann nur über das Kennenlernen entwickelt werden. Hier kann eine Internetplattform der Freien Szene von großem Nutzen sein. Sie könnte einen Veranstaltungskalender sowie ein Freie Szene Mapping beinhalten. Sie könnte ebenfalls Informationen über die durchgeführten politischen Verhandlungen geben. Sie könnte letztlich internationale Verlinkung und Partnerschaft beinhalten.
- **Ressourcenzentrum für freie Künstler_innen:**
Ein Ressourcenzentrum wäre eine Weiterbildungs- und Beratungsstätte von der Freien Szene für die Freie Szene. Sie würde Weiterbildungsworkshops aber auch finanzielle, juristische und persönliche Beratung für Künstler_innen oder Hilfe bei Förderantragstellungen bieten.

Über diesen Aspekt hinaus könnte ein Tauschring auf die Beine gestellt werden, in der technische Leistung und Fachleistung, aber auch Materialien, getauscht werden können. Es ginge dabei darum, die Ressourcen, die in der Freien Szene präsent sind, gemeinsam zu nutzen. Es könnte dafür eine symbolische Währung eingeführt werden.

2.2 Internationalisierung der Freien Szene

Die Freie Szene sollte sich stark internationalisieren. Sie sollte internationale Kontakte zu Mitgliedern der Freier Szenen in anderen Städten oder Regionen knüpfen. Ein Ziel bzw. Rahmen dafür könnten EU-Projekte sein. Die Akteur_innen der Freien Szene verfügen über Kontakte, Mobilität und Ideen. Sie sollten diese strategisch nutzen.

2.3 Legitimität der politischen Vertretung der Freien Szene

Die Freie Szene sollte einen reflexiven Prozess über die Frage der Abstimmung innerhalb der Freien Szene führen. Wer ist für die Vertretung berechtigt? Wie kann eine politische Legitimität der Sprecher_innen gewährleistet werden? Wie kann die Wahl aussehen?

2.4 Gemeinsame politische Ziele setzen

Die Freie Szene sollte eine gemeinsame Haltung zu kulturpolitischen Streitpunkten entwickeln. Die Frage der Honorare für Bildende Künstler_innen und Performer_innen bildet ein relevantes Beispiel (Stichwort »Art but fair«). Die Akteur_innen der Freien Szene sollten sich auf Ziele einigen, damit sie durchgesetzt werden können. Ebenso sollte die Grundforderung nach Entwicklungskonzeptionen für die Sparten der Freien Szene als Voraussetzung für die Entwicklung von passgenauen Förderinstrumenten und inhaltlicher Beurteilung von Förderanträgen gemeinsam durchgesetzt werden.

2.5. Wissenschaftliche Begleitung

Die Freie Szene sollte darauf hinwirken, dass die Prozesse ihrer Selbstorganisation und ihrer Partizipation an kommunalen Entscheidungen zur Kulturpolitik wissenschaftlich aufbereitet werden, um dadurch die Selbstreflexion ebenso wie den Austausch mit externen Akteur_innen zu verstärken und zu professionalisieren. Ein wichtiges Instrument für die regelmäßige Überprüfung und Kommunikation der Ergebnisse könnten Projekte wie **kultur | standort.bestimmung** sein.

3. Handlungsempfehlungen an die Kulturverwalter_innen

3.1 Sachkompetenzen anfordern

Die Mitarbeiter_innen der Kulturverwaltung – sowohl Leiter_innen als auch Sachbearbeiter_innen – sollten Sachkompetenzen im Bereich der Kultur nachweisen können. Sie benötigen kulturelle Bildung und Sinn für Innovation, um künstlerische Produktionen begleiten und unterstützen zu können.

»Raus aus dem Kulturamt«!

Sie sollten regelmäßige Besuche in den unterschiedlichen Bereichen des Kulturbereichs absolvieren, und nicht nur bei den staatlichen Kulturinstitutionen, sondern vor allem auch in den vielfältigen Kulturstätten der Freien Szene. Diese Besuche sollten teils in ihrer Arbeitszeit erfolgen, weil sie eine Grundkompetenz bilden.

3.2 Dialog zwischen den Verwaltungsbereichen: Stadtentwicklung // Kultur // Jugend-Familie-Bildung // Soziales

Die Mitarbeiter_innen des Kulturamts sollten unbedingt enge Kontakte zu den Zuständigen anderer Bereiche

knüpfen. Sie sollten über die Entwicklung dieser Bereiche informiert sein, um in der Lage zu sein, sich zu positionieren.

Die spezifische Zusammenarbeit zwischen Kultur- und Stadtentwicklungsverwaltung, aber auch zwischen Kultur- und Sozialarbeit, sollte systematisiert werden. Es sollten keine wichtigen Entscheidungen getroffen werden ohne Beratung der anderen Bereichszuständigen. Es könnten regelmäßige interne Informationsvermittlungen stattfinden. Es könnten interne Berichte verfasst werden, um Transparenz innerhalb der Verwaltung zu intensivieren.

Für alle Bereiche des städtischen Lebens existieren entsprechende Verwaltungsstrukturen und Entwicklungskonzeptionen. Diese Konzeptionen sollten noch stärker miteinander vernetzt bzw. aufeinander bezogen werden. Der Kultursektor als wesentliches gesellschaftliches Bindeglied bildet dabei das zentrale Element. Alle grundlegenden Entscheidungen in den einzelnen Fach/Sachgebieten sollten zuvor auf ihre Auswirkung auf die Kulturlandschaft überprüft und entsprechend abgestimmt werden. Deshalb wird hier für die Durchsetzung einer **Kulturverträglichkeitsprüfung** plädiert.

3.3 Verwaltungsstruktur für die Freie Szene erweitern

Nach dem Beispiel des Referenten/der Referentin für die städtischen Kulturbetriebe sollte ebenfalls eine Kontaktstelle für die Freie Szene im Kulturdezernat geschaffen werden. (siehe Pkt. 1.2)

4. Handlungsempfehlungen an die Kulturpolitiker_innen

4.1 Sachkompetenzen anfordern

Die Mitglieder der Kulturausschüsse sollten Sachkompetenzen im Bereich der Kultur nachweisen können. Sie benötigen kulturelle Bildung und Sinn für Innovation, um künstlerische Produktion begleiten und unterstützen zu können.

»Raus aus dem Kulturausschuss«!

Sie sollten regelmäßige Besuche in unterschiedlichen Bereichen des Kulturbereichs absolvieren, dies nicht nur bei den staatlichen Kulturinstitutionen, sondern vor allem auch in den vielfältigen Kulturstätten der Freien Szene.

4.2 Wissenstransfer

Das Mandat für den Kulturausschuss ist begrenzt: Alle fünf Jahre wechseln die Mitglieder. Dies stellt ein Problem für die Wissensvermittlung dar. Der Wissenstransfer zwischen dem alten und dem neuen Ausschuss sollte verbessert werden. Bis jetzt liegt diese Aufgabe der Vermittlung in der Verantwortung der Geschäftsstelle der Fraktionen, die dies allerdings unterschiedlich wahrnehmen. Es wäre notwendig, ein parteiübergreifendes Archiv zu schaffen, wo die Protokolle der letzten Sitzungen zu finden sind.

4.3 Fachbeiräte

Die Erarbeitung von Entwicklungskonzeptionen, kulturpolitische Schwerpunktsetzungen und die Verteilung von Fördergeldern sollte über Fachbeiräte erfolgen. Es sollten unabhängige Beiratsmitglieder gemeinsam von der Freien Szene, der Kulturverwaltung und -politik über ein partizipatives Verfahren nominiert werden. Die Beiräte sollten nur für ein bestimmtes Mandat und einen bestimmten Bereich zuständig sein. Sie sollten regelmäßig gewechselt werden.

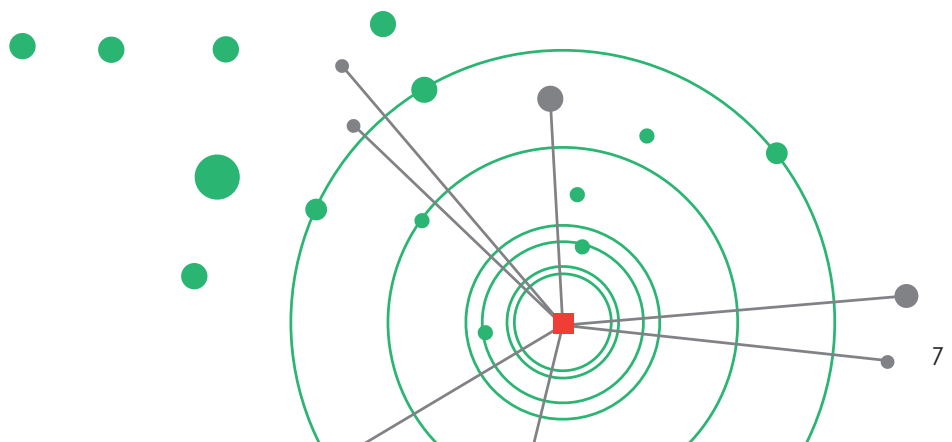
4.4 Evaluierungsinstrumente der Kulturpolitik

Kulturpolitische Entscheidungen sollten kontinuierlich evaluiert werden. Es sollten wirksame Instrumente entwickelt werden, mit denen die Aufteilung der Fördergelder, die kulturpolitischen Schwerpunktsetzungen und die Wirksamkeit der Förderinstrumente regelmäßig überprüft werden können. Dies sollte ein Gleichgewicht zwischen der Aufgabe des Erhaltens und der Aufgabe des Innovierens der Kulturpolitik gewährleisten. Es sollten Instrumente gefunden und eingesetzt werden, die eine Stabilität in einem sich ständigen verändernden Feld schaffen.

4.5 Dialog zwischen den Politikbereichen: Stadtentwicklung // Kultur // Jugend-Familie-Bildung // Soziales

Alle Kulturpolitiker_innen sollten darauf hinarbeiten, dass dem Kultursektor eine größere Bedeutung in den Entscheidungen der jeweiligen Stadtratsfraktionen zukommt. Analog zur Kulturverträglichkeitsprüfung, die in das Verwaltungshandeln einer Stadt eingebettet werden sollte, muss auch den politischen Parteien bewusst werden, welche zentrale Bedeutung Kultur für die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt in einer Stadt hat. Dies bezieht sich auch auf die entscheidende Rolle von Kultur für die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen bei der Entwicklung einer weltoffenen, multikulturellen, partizipativen und demokratischen Gesellschaft.

Aus diesem Grund sollten Mitglieder des Kulturausschusses unbedingt engen Kontakt zu den Zuständigen anderer Ausschüsse knüpfen. Sie sollten über die Entwicklungen der anderen Bereiche informiert sein, um in der Lage zu sein, sich zu positionieren. Die spezifische Zusammenarbeit zwischen Politiker_innen – jeweils zuständig für Kultur- und Stadtentwicklung aber auch für Kultur- und Sozialarbeit – sollte systematisiert werden. Es sollten keine wichtigen Entscheidungen getroffen werden, ohne Beratung der anderen Bereichszuständigen. Es könnten regelmäßige interne Informationsvermittlungen stattfinden. Es könnten interne Berichte verfasst werden, um Transparenz zu schaffen.



Dieser Text »Handlungsempfehlungen« ist Bestandteil der Onlinepublikation
aus dem Kongress **kultur | standort.bestimmung:**

KSB.LEIPZIGPLUSKULTUR.DE

HERAUSGEBERSCHAFT

Séverine Marguin | www.severinemarguin.de

Yvonne Meyer

Falk Elstermann

Sophie Renz

Leipzig + Kultur e. V. | www.leipzigpluskultur.de

REDAKTIONELLE MITARBEIT

Jonas Petry

Jonas Klinkenberg

Anja-Christin Winkler

LEKTORAT

Silvie Jacobi | www.post-creativecity.com

Julia Lehmann

ÜBERSETZUNG

Daniel Caleb Thompson

GRAFIK

Susanne Weigelt | www.susanne-weigelt.de

(Logo: Christian Doege)

PROGRAMMIERUNG

Jeremias Volker | www.bloodbrothers.io

FILME

Thilo Neubacher

Anja-Christin Winkler (Video-Mitschnitt) | www.acwinkler.de

FOTOS

Johannes Ernst | www.johannesernst.de

GRAPHIC RECORDING

Julia Both, Ellen Backes – **123comics** | www.123comics.net

LEIPZIG, 2015